

Die Welt. – 14.01.2019

Von John Vinocur

Deutschland und Frankreich auf Kollisionskurs

Зіткнення між Німеччиною та Францією

Канцлер Німеччини Ангела Меркель і президент Франції Емануель Макрон виступили із спільною заявою щодо українських моряків, що були захоплені РФ. «Ми вимагаємо безпечного, вільного і безперешкодного транзиту для всіх суден через Керченську протоку та негайного звільнення всіх незаконно затриманих українських моряків», – йдеться у заяві.

<https://www.welt.de/debatte/kommentare/article186984642/Gastkommentar-Deutschland-und-Frankreich-auf-Kollisionskurs.html?wtrid=onsite.onsitesearch>

Die viel gepriesene deutsch-französische Freundschaft wird brüchiger. Es gibt eine wachsende Uneinigkeit bei Finanzen, Energie und Militär. Ein aufmerksamer Beobachter dabei: Russlands Präsident Wladimir Putin.

Wenn Deutschland und Frankreich eine Lage identisch beurteilen, muss die Welt aufpassen. Am 28. Dezember gaben Angela Merkel und Emmanuel Macron als Reaktion auf die russische Kaperung ukrainischer Kriegsschiffe in internationalen Gewässern eine gemeinsame Erklärung ab. In ihr fordern beide „die sofortige und bedingungslose Freilassung aller illegal inhaftierten ukrainischen Seeleute“.

Das hat aber gegessen, Wladimir! Außer dass die Seeleute weiter festgehalten werden. Nach ihrem ersten Aufrumpfen gehen Franzosen und Deutsche auf Zehenspitzen, um ja nicht sagen zu müssen, Russland werde einen Preis zahlen, falls die Matrosen nicht umgehend freikommen.

Kann es sein, dass die Russen mit ihrem gut entwickelten Spürsinn für reale Macht Frankreich und Deutschland als schwach und als immer mehr erlahmend einstufen, zunehmend auf Kollisionskurs miteinander und auf dem besten Wege, ihre behauptete Unzertrennlichkeit zur völligen Plattitüde werden zu lassen?

In einer Partnerschaft aus vielen Feigenblättern sieht der folgenlose Ukraine-Appell aus Paris und Berlin wie eine bequeme, leere Geste aus, um den Schein zu wahren – in den Augen östlicher Betrachter ebenso wie westlicher. Und dieser Eindruck Außenstehender über eine Uneinigkeit, die der wahren Realität sehr nahe kommt, wächst immer weiter.

Unverhohlene antifranzösische Respektlosigkeit

Die Aufforderung von Olaf Scholz Ende November, Frankreich solle seinen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen aufgeben und der Europäischen Union überlassen, war eigentlich nicht mehr als ein dummer Witz. Aber er blieb als Moment unverhohlener antifranzösischer Respektlosigkeit durch einen Sozialdemokraten haften, der Merkels Vizekanzler und Finanzminister ist und jetzt Kanzlerkandidat werden möchte.

Frankreich erwiderte zunächst, die Überlegung von Scholz verstoße gegen die UN-Charta. Dann, um die Unhöflichkeit des Vizekanzlers zu überspielen, sagte Paris, dass auch Deutschland einen

Im Dezember setzte EU-Kommissar Günther Oettinger (CDU) noch einen drauf. Er legte den Finger in Frankreichs Wunde, als er Macrons Versuche hervorhob, die Gelbwesten-Demonstranten mit staatlichen Ausgabenprogrammen zu ködern.

Oettinger fand, „die Mehrausgaben, die Herr Macron jetzt versprochen hat, sind ja nicht einmalige Weihnachtsgeschenke, sondern es sind strukturell dauerhafte Ausgaben“. Mehr noch: Er behauptete, Macron habe „an Autorität eingebüßt“, weil er ein Muster französischen Scheiterns fortsetze. Frankreich verstoße, mit Ausnahme von 2017, „das elfte Jahr hintereinander gegen die Neuverschuldungsregel“ des Maastrichtvertrags.

Wenn Oettinger, ein altes CDU-Schlachtross, Frankreich als unzuverlässiges Land darstellen wollte, das an inkompetenter Führung zu scheitern drohe, hätte er es nicht größer tun können (obwohl er später sagte, man werde eine französische Staatsverschuldung, die höher als drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts sei, „als einmalige Ausnahme tolerieren“).

Deutschlands Unmut über Macrons Aktivismus

Eine Teilerklärung für diese Ausbrüche ist der Wunsch, die Aufmerksamkeit von Deutschlands eigener Misere abzulenken. Kurz nach Neujahr wurde sie in den zeitgleichen Schlagzeilen zweier führender Zeitungen klar umrissen: „Deutsche Wirtschaft am Rande der Rezession“ proklamierte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 9. Januar. „Polizei und Justiz haben in Berlin keine abschreckende Wirkung mehr“, zitierte WELT am selben Tag den Personalratschef der Berliner Landespolizei.

Es gab noch einen weiteren, einen tieferen Grund für die Kritik an Paris: Deutschlands Unmut über Macrons Versuch, sein interventionswilliges, reformistisches Frankreich als EU-Führungsmacht darzustellen. Macron griff militärisch in Syrien und Afrika ein und widersprach gelegentlich sogar Wladimir Putin.

Er trug solchen Aktivismus wie ein grellbuntes französisches Markenzeichen vor sich her, als Kontrast zum Dämmerzustand von Merkel-Deutschland mit seiner Allround-Passivität. Zugleich drang er auf Strukturreformen in der EU. Die wurden in Berlin als eine Änderung von Gemeinschaftsregeln betrachtet, deren Existenz sicherstellt, was manche eine „Deutschland zuerst“-Dominanz nennen.

Frankreich mag eine europäische Armee vorgeschlagen und Merkel dies im Europäischen Parlament unterstützt haben (Ursula von der Leyen wählte drei Tage später in einem Artikel für die „FAZ“ den weniger aggressiv klingenden Begriff einer „Armee der Europäer“). Frankreichs Generäle aber haben darauf bestanden, sich nicht „germanisieren“ zu lassen. Das ist das Wort, das sie benutzt haben. Was heißt das?

Es ist eine „Wir kämpfen, sie nicht“-Feststellung der französischen Sonderrolle gegenüber Berlin und überhaupt in der sicherheitspolitischen Landschaft. Bei einer Anhörung der Französischen Nationalversammlung 2018 sagte Generalstabschef François Lecointre, Frankreich und Deutschland teilten nicht dieselbe „Haltung zum Einsatz militärischer Gewalt“. Die Bemerkung, die sich auf Atomwaffen hätte beziehen können, verdeutlichte für Washington, Moskau und die Nato beziehungsweise Brüssel, wo die postulierte deutsch-französische militärische Annäherung an eine Grenze stößt.

Der „Fetisch“ deutscher Wirtschaftsüberschüsse

Antideutsche Stimmungen in Frankreich artikulieren sich im Moment auf so polemische Weise wie beim Linksaußen-Hysteriker Jean-Luc Melenchon, der die Bundesrepublik „ein Monster“ nennt, während Marine Le Pen, seine etwas vorsichtigeren rechte Kontrahentin, sagt, Berlins Rolle in Europa beschränke sich auf den Schutz der eigenen Interessen.

Jean Quatremer, der vielleicht einflussreichste französische Journalist in Brüssel, beschreibt das deutsche EU-Spiel aussagekräftiger als Anhäufung von Überschüssen durch einen unterbewerteten Euro mitsamt ihrer Umwandlung in Investitionen außerhalb der Euro-Zone. Das unterscheidet sich nicht wesentlich von Macrons Auffassung, die „unhaltbaren“ Überschüsse der deutschen Wirtschaft seien ein „Fetisch“.

Angesichts des Aufstands der französischen Straße will der Präsident innenpolitisch entschlossen und durchsetzungswillig wirken. Zugleich will er die Nuklearmacht Frankreich handlungsfähig wissen und international respektiert sehen.

In den nächsten Wochen muss Macron sich mit einem Deutschland auseinandersetzen, das versucht, zusammen mit Putin ein zunehmend heikles wackeliges geostrategisches Projekt durchzuziehen – die Fertigstellung der „Nord Stream 2“-Gaspipeline, in der russisches Erdgas durch die Ostsee zu einem deutschen Verteilerzentrum fließen soll.

Macron schweigt zum Vorwurf, die Pipeline werde Russlands Einfluss auf die Energieversorgung der EU verstärken. Er weiß auch, dass Deutschland den Deal gegen verschärften

amerikanischen Widerstand vorantreibt – und dass der Kanzlerin in ihrem Beraterkreis gesagt wird, die Anbindung der Pipeline sei ein strategischer Fehler.

Eine informierte amerikanische Quelle in Washington sagte mir, die US-Regierung konzentriere sich nun auf eine „chirurgische“ Operation durch Sanktionen Dritter oder mit anderen Mitteln, um den Einsatz des gecharterten Rohrverlegers von „Nord Stream 2“ zu unterbinden.

Das Schiff, die in Malta registrierte „Pioneering Spirit“, gilt als das einzige, das die letzte Etappe der russisch-deutschen Verbindung technisch umsetzen kann. Es gehört der Allseas-Gruppe mit Sitz in der Schweiz, deren niederländischer Eigentümer von Holland und Belgien aus operiert. Die Bundesregierung, heißt es, sei wegen der amerikanischen Absichten „alarmiert“.

In ihrer Entgegnung scheint sie die Situation so zu charakterisieren, dass Berlins europäische Partner sich zwischen Merkel und Donald Trump (der Deutschland als russischen Gefangenen bezeichnet hat) entscheiden müssen. Andreas Michaelis, Staatssekretär des Auswärtigen Amts, signalisierte die Haltung der Regierung mit den Worten, dass europäische „Kerninteressen“ gefährdet seien und dass „ich nicht möchte, dass europäische Energiepolitik in Washington definiert wird“.

„Energie hat keine wirkliche Strategie“

Eine realistischere Beschreibung der Alternativen, die von führenden CDU/CSU-Vertretern wie Manfred Weber und Norbert Röttgen bevorzugt wird, schließt die Blockade des Pipelineprojekts ein. Anderenfalls lasse man zu, dass Russland die EU spalte – eine Kapitulation des Westens, die dann auch den Verzicht auf die Verteidigung der ukrainischen Unabhängigkeit nach sich ziehe.

Ich sprach darüber mit Thierry Bros vom Oxford Institute for Energy Studies. Der Franzose war vorher als leitender Öl- und Gasexperte für die Versorgungssicherheit des französischen Staates zuständig.

Ich fragte ihn, wie Frankreich wohl auf die aktuellen Umstände reagieren würde. Frankreich gehören rund 25 Prozent der Firma Enegie, einem französischen Investor in das vollständig von Gazprom kontrollierte Pipelineprojekt. Bros sagte: „Die Frage ist vor allem eine deutsche. Energie hat keine wirkliche Strategie. Sie ist sogar das schwächste Glied in der Kette.“ Er fügte hinzu, er glaube nicht, dass „Nord Stream 2“ im Jahre 2019 das Tageslicht erblicken werde.

Frankreich auf spürbarem Abstand zu deutsch-russischen Problemen oder amerikanischem Zorn über die Pipeline zu halten – das könnte Macrons Haltung sein: über den Dingen schwebend, diplomatisch, aber mit verheerender Wirkung.

Er und Merkel haben einen Schlichtungstermin geplant. Am 22. Januar unterzeichnen sie in Aachen eine aktualisierte happy talk version der 1963 von de Gaulle und Adenauer im Élysée-Vertrag vereinbarten Zusammenarbeit. Die hat offensichtlich zu einer immer engeren deutsch-französischen Union geführt. Das ist ja seither jeden Tag zu sehen.

Übersetzt aus dem Englischen von Torsten Krauel.